

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **66 (1986)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politischer Kommunikationskollaps

Die Zürcher Kommunalwahlen, denen jeweils gesamtschweizerische Signalfunktion zugesprochen wird, haben anfangs März den gegenwärtigen Trend zu den «Grünen» und den «Überfremdungsparteien» bestätigt. Die Niederlage der etablierten Parteien und insbesondere des Freisinns lässt sich nicht durch blosses Wahlpech erklären, sondern gibt Anlass zu umfassender Analyse und Selbstkritik. Dabei scheint ein Problem auf, das zwar nicht völlig neu ist, aber in den letzten Wochen vor allem in der Stadt Zürich besonders akzentuiert sichtbar wurde: Man kann es mit dem Wort Kommunikationskollaps umschreiben.

Sicherlich war die Ausgangslage etwas kompliziert geworden. Auf der einen Seite gab es zwei Stadträte, die seinerzeit von den Sozialdemokraten aufgestellt worden waren und auch nach wie vor Parteimitglieder sind, nun aber nicht mehr offiziell von der Partei, sondern nur noch von den Gewerkschaften getragen werden. Zu ihnen gesellten sich weitere offizielle sozialdemokratische Kandidaten. Auf der andern Seite gab es einen «Bürgerblock», der schon längst rissig geworden war, letzten Endes aber doch wieder zusammengeflickt und zudem mit einem CVP-Kampfkandidaten gegen die sozialdemokratische Equipe ergänzt wurde. In dieses ohnehin labile Team suchte sich dann auch noch ein «wilder» FDP-Kandidat hineinzudrängen.

Und das Ganze wurde überschattet von einem «Kongresshaus-Skandal», der eigentlich kein Skandal mehr war, aber dem betroffenen Stadtrat trotzdem zum Mühlstein am Halse wurde, der ihm schliesslich politisch das Genick brechen sollte.

Die Parteien standen unter diesen Umständen vor einer schwierigen Informationsaufgabe. Es galt, die objektiv vorhandenen Leistungen des Bürgerblocks und seiner Mehrheit im Stadtrat allen Umtrieben zum Trotz in der Öffentlichkeit zum Tragen zu bringen. Und es galt darüber hinaus, die politische Glaubwürdigkeit der bürgerlichen Liste weiterhin unter Beweis zu stellen. Der Wahlausgang zeigt, dass dieses Unterfangen schliesslich scheiterte.

Wer die Vorwahlzeit in Zürich miterlebte, stand unter dem Eindruck einer penetranten Stimmungslosigkeit. Jeder wurde zum Prognostiker, und niemand nahm den politischen Kampf wirklich an. Die Protagonisten selbst hingen teilweise sozusagen im luftleeren Raum. Vor allem der zum Hauptverantwortlichen für den «Kongresshaus»-Fall gestempelte Stadtrat vermochte sich bei weitem nicht genügend in Szene zu setzen, um das Gehör der Öffentlichkeit auch nur annähernd zu finden. Auch der Stadtpräsident, der vor vier Jahren eine strahlende Siegerschar angeführt hatte, konnte trotz grossem persönlichem Einsatz als

Wahlkämpfer in der Öffentlichkeit nicht richtig Tritt fassen und musste sich mit einem eher enttäuschenden Resultat begnügen.

Es ist naheliegend, den Grund für diesen «Gespenster-Wahlkampf» bei den Medien zu suchen. Doch so einfach ist das alles nicht. Natürlich hat sich die Medienlandschaft verändert. Es ist für die Parteien rundum schwerer geworden, sich in den Medien noch darstellen, geschweige denn profilieren zu können. Die politische Presse im parteipolitischen Sinne gibt es nur noch begrenzt. Und die sogenannten neutralen Medien finden die «normale» Parteiarbeit erklärermassen zu wenig «publikumswirksam», als dass sie ihr genügend Raum geben würden. Was interessiert, sind «ausserordentliche» Dinge, die merkwürdigerweise meist negativ sind. Das mag auflagefördernd sein, ist aber sicherlich nicht dazu angetan, den Stimmbürger vermehrt für die aktive politische Diskussion zu gewinnen.

Diese generelle Tendenz hat selbstverständlich dazu beigetragen, dass die Leistungsbilanzen der Parteien wie der

einzelnen Magistraten gewissermassen ins Leere gefallen sind. Darüber hinaus waren die Wirren um die Frontbildungen für den Bürger offensichtlich allzu irritierend, als dass die in der Endphase im Prinzip geklärten Positionen noch wirklich ausreichend zur Kenntnis genommen worden wären. Dabei wurde sichtbar, dass verschiedene Hauptdarsteller ein persönliches Defizit an Kommunikationsvermögen aufwiesen, das durch keinerlei noch so geschickte Werbung mehr aufgefangen werden konnte. Andere wiederum gerieten ausgerechnet in der kritischen Endphase in eine eigentliche kommunikative Unterform, die sich in dem «Gespenster-Wahlkampf» besonders verhängnisvoll auswirken sollte.

Es wird nötig sein, diesen akuten Anfall eines Kommunikationskollapses im Kreise der Parteien wie auch im Kreise der Medien genauer zu durchleuchten. Denn nichts wäre gefährlicher für unsere Demokratie als seine Ausweitung zur chronischen politischen Seuche.

Richard Reich

Nein zur UNO – Ja zu einer Aussenpolitik der Offenheit und internationalen Solidarität

Kaum jemand hat der Vorlage von Bundesrat und Parlament für einen Beitritt zur UNO noch eine Chance eingeräumt, nachdem sich die Stimmung im Verlauf des Abstimmungskampfes eher weiter verschlechtert hatte. Aber ebenso wenig hätten selbst engagierteste Gegner ein so hartes Nein des Volkes vorausgesagt:

1 591 428 Nein zu 511 548 Ja – das ist eine verwerfende Mehrheit von über 75 Prozent. Es muss sich zeigen, was die genauere Detailanalyse des Resultats ergeben wird – soweit eine solche bei Volksentscheiden überhaupt möglich ist. Die Kommentare der ersten Stunde waren sich aber immerhin in einem zentralen Punkt erstaunlich

einig: Das klare Nein zur UNO-Mitgliedschaft ist ein nicht weniger deutliches Ja zur bisherigen Konzeption der schweizerischen Aussenpolitik.

Es war ohne jeden Zweifel vor allem die Sorge um die Zukunft unserer Neutralität, die für den Bürger im Zentrum der Auseinandersetzung stand – eine Neutralität, die hierzulande nicht nur ein bewährtes politisches Mittel zur Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit verkörpert, sondern längst zu einem integralen Bestandteil des Staatsbewusstseins geworden ist.

Auf diesem Hintergrund erwies sich das Konzept des Beitritts mit einseitiger Neutralitätserklärung durch unsere Behörden als allzu fragil. Die Begründung, wonach diese angesichts der machtpolitischen Patt-Situation innerhalb der UNO durchaus genügende Sicherheit für eine weitere faktische Gewährleistung der Neutralität biete, vermochte die tief verwurzelte Skepsis des Schweizers gegenüber jeder Art von Ritzung der nationalen Souveränität keineswegs abzubauen.

Andererseits war in der ganzen, teilweise hitzig und polemisch geführten

Auseinandersetzung um die UNO-Mitgliedschaft nie ernstlich in Abrede gestellt worden, dass die schweizerische Neutralität von 1986 nicht das gleiche bedeute wie etwa jene zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Sie ist nicht allein mit dem Grundsatz der militärischen Landesverteidigung, sondern auch mit dem Gedanken der weltweiten aktiven Solidarität gepaart. Diese Grundkonzeption dürfte durch den Abstimmungskampf sogar noch verstärkt im Volksbewusstsein verankert worden sein.

Damit ist auch ein Teil der Frage nach dem allfälligen Schaden der Ablehnung bereits beantwortet: Unsere Landesregierung wird auf dem bisherigen Kurs mit voller Kraft weiterfahren können. Und es besteht kein Grund zur Befürchtung, dass dies im Kreise der UNO-Mitglieder anders empfunden werde. Es würde im Gegenteil überraschen, wenn es zu eigentlichen negativen internationalen Reaktionen politischer oder gar wirtschaftlicher Art als Folge unseres Neins kommen würde.

R. R.

Die Einsamkeit des Finanzministers

Finanzminister, das ist wohl zuzugeben, haben es in den Industriestaaten, so auch in der Schweiz, nicht leicht. Die ökonomische Ratio würde eigentlich verlangen, dass sie sich mit aller Macht *gegen* die Ausgabenlawine, die unablässig auf die öffentlichen Haushalte zurollt, stemmen. Ständig steigende Ausgaben, das sollte sich nun herumgesprochen haben, haben eine

ganze Reihe von tückenreichen Konsequenzen, die für ein Land unter Umständen geradezu fatal werden können. Nicht wenige Länder sind an einer Grenze angekommen, die die finanzpolitischen Alarmglocken sollten läuten lassen. Trotzdem ist kein Abebben der Begehrlichkeiten zu beobachten, auch in der Schweiz nicht. Woher kommt das?

In der Schweiz sind für die Erklärung dieses «Phänomens» verschiedene Gründe ins Feld zu führen. Einmal wäre in diesem Zusammenhange ins Licht zu stellen, dass auf Bundesebene verschiedene Instanzen über Einnahmen und Ausgaben beschliessen. Bei den Einnahmen hat der Souverän ein Wörtchen mitzureden; ausgabenrelevante Beschlüsse werden aber im Parlament gefasst, und dies nicht selten, *ohne* dass die finanziellen Folgen in allen Teilen absehbar sind. Volksvertreter haben sodann stets die Neigung, sich politisch über Ausgaben zu profilieren. Bremsen setzen sich der Gefahr aus, ins politische Abseits zu rutschen; popularitätsträchtig ist eine solche Verhaltensweise höchstens in Ausnahmefällen.

Kommt dazu, dass auch die Departementsvorsteher unablässig versuchen, ihren Garten zu pflegen. Selbstbeschränkung wird nicht unbedingt als eine Tugend bewertet. Deshalb ist der Zusammenbau der Departementswünsche zu einem Budget fast immer eine harzige und undankbare Sache, die zudem in der Öffentlichkeit nicht sichtbar wird. Bundesrat Ritschard hatte davon einst ein Liedchen gesungen. Und nicht zuletzt wird man auch festzustellen haben, dass der Souverän bisweilen eine gespaltene Seele hat: er wünscht sich zwar jede Menge staatlicher Leistungen, wird dann aber knauserig, wenn die Rechnung präsentiert wird.

Wenn dieses Gerangel unter Kontrolle gebracht werden soll, so braucht es eben einen Finanzminister, der über eine herkulische Standfestigkeit und Durchsetzungskraft verfügt, der wie ein Felsen in der Brandung steht, der nicht nach billigen politischen Erfol-

gen schiebt, sondern unablässig versucht, die Ausgabendynamik zu zähmen. Misserfolge dürfen ihn nicht umwerfen. In allen Finanzministerien ist *Leadership* in diesem Sinne gefragt. Gerhard Stoltenberg demonstriert in der Bundesrepublik, dass dieses Kunststück nicht notwendigerweise mit einem Popularitätsverlust gekoppelt sein muss. Es kommt auf die wirtschaftlichen Einsichten, die Persönlichkeit und ihre Überzeugungskraft an. Der Finanzminister ist in jedem Falle ein einsamer Mann, weil er *gegen* den Strom schwimmen muss.

Hat die Schweiz in dieser Beziehung glückliche Verhältnisse? Die Heizölzoll-Eskapade ist zwar vom Bundesrat als Kollektivbehörde zu verantworten. Wenn aber der Finanzminister eine solche Massnahme vorschlägt und sie dank seinem Informationsvorsprung in der Kollektivbehörde durchbringt, so wiegt seine Verantwortung zweifellos *schwerer*. Er darf sich dann nicht wundern, wenn er «plötzlich» im Zentrum der Kritik steht. Er darf sich auch nicht hinter der Fassade der Kollektivbehörde verstecken, als ginge ihn alles nichts an. Und dies vor allem dann nicht, wenn er als Sozialdemokrat für eine Politik eintritt, die mit Vorliebe auf der Einnahmenspirale nach oben tanzt. In dieser Beziehung hat jede Wirtschaftspolitik auch einen *personalen Aspekt*. Die Erfahrung der Nachkriegszeit hat gelehrt, dass sozialdemokratische Regierungen kaum je in der Lage waren, öffentliche Haushalte ins Gleichgewicht zu bringen. Vielmehr haben sie sich als Ungleichgewichtsspezialisten hervorgetan. Vorsicht ist also geboten.

Willy Linder

Frankreich: Enttäuschter Sieger

«*Les vaincus chantent, les vainqueurs déchangent*» – Die Geschlagenen jubeln, die Sieger sind enttäuscht. Das nicht übersetzbare Wortspiel trifft genau die Reaktion auf das Ergebnis der französischen Parlamentswahlen vom 16. März. Die Sozialisten hielten die Hoffnung auf dreissig Prozent der Stimmen für hochgegriffen und erreichen fast 32 Prozent. Die beiden im Programm, aber durchaus nicht in allem vereinten Oppositionsgruppen – Chiracs Partei und das Konglomerat der liberalen Parteien ohne profilierten Präsidentschaftskandidaten – müssen mit zwei bis drei Stimmen Mehrheit auskommen. Diese Bedrängtheit mag sie zusammenschweissen – es gab in der Dritten Republik langfristige aktive Regierungen (Combe) mit sehr knapper Mehrheit –, doch gewiss ist das nicht.

Verglichen mit der nationalen Entscheidung haben die Regionalwahlen weniger Stimmbürger mobilisiert, weniger Kommentare provoziert, doch ist gerade hier eine Entwicklung von möglicherweise weitreichenden Folgen zu verzeichnen. In neun Regionen kann die Mitte und die Rechte nicht ohne Sukkurs von Jean-Marie Le Pens «Front national» die Exekutive bilden. Auf nationaler Ebene lehnen diese Parteien jede Verbindung mit dieser extremen Rechten ab, auf regionaler Ebene wird ihnen diese Haltung schwerfallen, namentlich in der Provence mit ihrer seit einigen Jahren so arabisch wirkenden Hauptstadt Marseille. Hier ist unter den bürgerlichen Parteien der «Front national» die stärkste.

Man könnte sagen, dass die Extre-

men «marginal» sind mit je 35 Sitzen für Kommunisten wie für «Front national». Doch für die Kommunistische Partei, die in sechs Jahren unter der Führung von Georges Marchais die Hälfte ihrer Wähler verloren hat, ist es ein scheinbar unumkehrbarer Schrumpfungsprozess – war sie doch vor acht Jahren die stärkere der beiden Linksparteien! – der «Front national» hingegen kommt zum erstenmal in die Nationalversammlung und gleich in Fraktionsstärke. Wenn man diese Abwärts- und Aufwärtsbewegung berücksichtigt, so erscheint die Symmetrie zwischen den beiden Extremgruppen künstlich.

Zum erstenmal in der Geschichte der Fünften Republik – sie hat sich bereits länger gehalten als alle Regimes seit 1789 mit Ausnahme der Dritten – sind Präsident und Kammermehrheit uneins. Es wäre beinahe schon 1967 passiert. Der Gründer Charles de Gaulle hatte eine ziemlich bonapartistische Vorstellung vertreten und erklärt, einige hundert lokal bestimmte Wahlen hätten nicht entfernt die Legitimität des vom Volk gewählten Präsidenten: «*Der Präsident ist offenkundig der einzige, der die Autorität des Staates besitzt. Die unteilbare Autorität des Staates wird vom Volk gänzlich ihm überlassen. Es gibt keine Autorität von Ministern, Zivilisten, Militärs oder Gerichten, die nicht von ihm verliehen und garantiert wird*» (31. Januar 1964).

Der von de Gaulle selber durchgesetzten Verfassung – halb parlamentarisch, halb präsidentiell, und daher bizyphal – entsprach diese Deutung nie. Die Nachfolger der Gaullisten vertreten heute die entgegengesetzte Auffas-

sung. Die Verfassung erlaubt dem Präsidenten, das Parlament aufzulösen, nicht aber das danach gewählte, möglicherweise ebenso widerborstige Parlament, ohne dessen Vertrauen keine Regierung fungieren kann. Zählen wir die psychologische Gegebenheit dazu, dass eine frischere Legitimität stärker wirkt als eine länger zurückliegende, so ist der parlamentarische Charakter der Fünften Republik trotz der Rolle, der besonderen Vollmachten und Vetorechte des Präsidenten unverkennbar.

Raymond Barre gilt als aussichtsreichster Kandidat, wenn die Präsidentschaftswahl wegen eines anders nicht zu lösenden Kompetenzstreits zwischen «Elysée» und «Matignon» vorgezogen wird, doch kam er in die Klemme, denn er und seine Anhänger nahmen an der Wahl der Nationalversammlung teil, obgleich Barre in Gegensatz zu den Führern der beiden bürgerlichen Parteien an keiner Regierung unter Mitterrand partizipieren würde, und die Wähler sind ihm nicht gefolgt. Seine Liste wurde von derjenigen des Sozialisten Charles Hernu weit überholt. Der Verteidigungsminister, der wegen der Versenkung des «Greenpeace»-Bootes zurücktreten musste, genoss schon vorher hohes Prestige, weil die Armee sich von ihm verstanden fühlte. Als er eine Verantwortung übernahm, die höhere Instanzen belastete, machte ihn das als Patrioten überparteilich populär. Dass die Sozialisten den «Nord» verloren, wo Mitterrands erster Premierminister Pierre Mauroy seine Wurzeln und seine Hausmacht hat, ist für sie bitterer als die Niederlage des Nachfolgers Laurent Fabius gegen den Liberalen Jean Lecanuet.

Die Regionalwahlen werden zum Prüfstein der Dezentralisierung werden. Was sind die eigenen Finanzquellen und die Befugnisse einer regionalen Exekutive zwischen Staat und Département? Wie wird sich das Gefälle zwischen armen und reichen Regionen auswirken oder durch Ausgleich mildern lassen? Kann es nicht auch unregierbare Regionalparlamente geben – etwa in Korsika?

Bürgerlichen Politikern wäre nicht gelungen, was Mitterrand erreicht hat: die Beseitigung der kommunistischen «Hypothek», die nun nicht mehr auf einem normalen Alternieren zwischen Rechten und Linken lastet. Nach fünf stürmischen Jahren des Regierens mit schärfstem Kurswechsel bleiben die Sozialisten die stärkste Partei. Der «Front national» bedrängt die Bürgerlichen weit mehr als die K.P.F. die Sozialisten, die inzwischen viel ideologischen Ballast abgeworfen haben, insbesondere den Glauben an die Tugenden der Verstaatlichung und an die grössere Verbundenheit mit Staaten wie Indien, Mexiko, Algerien als mit den andern westlichen Demokratien.

Was ist der Hauptunterschied zu früheren Erfahrungen des Machtwechsels? Die Sozialisten siegten 1981 massiv, ohne von einer Welle von Forderungen getragen und gedrängt zu werden wie 1936. Die Bürgerlichen siegen 1986 knapp – ohne triumphierende Umzüge auf den Champs Elysées. Die politische Unruhe geht nicht vom Volk aus, findet dort wenig Resonanz. Die Politiker müssen in ihrem Kampf um die Macht mehr Gegensätze akzentuieren, als die Masse der Franzosen deren gegenwärtig empfindet.

François Bondy